

1 **Änderungsanträge zum Entwurf des Europawahlprogramms EP-01**
2 **BDK Dortmund 23. – 25. Januar 2009**

3
4
5 Die BAG Energie schlägt folgende Änderungen und Ergänzungen im Entwurf des Europa-
6 wahlprogramms EP-01 vor. Damit werden die energiepolitischen Positionen der BAG Ener-
7 gie und der Stand der Debatte in der BAG berücksichtigt.
8

9
10
11 **Zeilen 160 bis 163**

12 Ändern in:

13 Bis zum Jahr 2050 muss Europa 80 % seiner Treibhausgase eingespart haben. Das heißt:
14 wir haben dann das fossil-atomare Zeitalter verlassen und sind mitten drin im solaren Zeital-
15 ter durch Nutzung von Sonnenenergie, Windkraft, Wellenkraft, Biomasse und der geothermi-
16 schen Energie. Wir brauchen die drei E's: die konsequente Förderung der und den Umstieg
17 auf Erneuerbare Energien, mehr Energieeffizienz und mehr Energieeinsparung.
18

19 **Begründung:**

20 Anstelle nur der beiden Beispiele Atomkraft und Kohlekraftwerke ohne CO₂-Abscheidung
21 sollten wir hier den konsequenten Ausstieg aus dem atomar-fossilen Zeitalter als Ziel festhal-
22 ten. Dann müssen wir vor allem auch aufführen, was wir uns als Ersatz vorstellen, um
23 glaubwürdig zu bleiben. Die Formulierung hat damit eine positive Blickrichtung bekommen.
24

25
26
27 **Zeilen 166 bis 168**

28 Ändern in:

29 Europa hat soviel Energie: – Erdwärme, Windkraft, Biomasse, Solarenergie, Wasserkraft
30 lassen sich in unterschiedlichem Maße überall nutzen. Wir wollen diese heimischen Energie-
31 quellen dezentral nutzen und mit einem intelligenten, leistungsfähigen und für alle offenen
32 Netz verknüpfen wollen.
33

34 **Begründung:**

35 Die unterschiedliche Formen Erneuerbarer Energien lassen sich fast überall, wenn auch in
36 unterschiedlichem Ausmaß nutzen. Schon heute wird Windkraft nicht nur in Deutschland,
37 Spanien und Dänemark umfangreich genutzt, sondern auch in Frankreich, Italien, Portugal
38 und Großbritannien wird sie verstärkt ausgebaut. Solarenergie zur Strom- und Wärmeherzeu-
39 gung kommt zunehmend nicht mehr nur in Deutschland, Österreich, Spanien und Italien,
40 sondern verstärkt auch in anderen Ländern zum Einsatz. Auch nachhaltige Biomasse-
41 Nutzung, Wasserkraft und Erdwärme werden zunehmend genutzt. Es ist nicht sinnvoll, und
42 zudem noch unzutreffend, auf einzelne Beispiele hinzuweisen. Unser Ziel ist die breite Aus-
43 schöpfung vor Ort vorhandener Potenziale. Daher sollten wir die breiter werdende Nutzung
44 verschiedener Quellen an verschiedenen Orten mit verschiedenen Technologien herausstel-
45 len. Das intelligente Netz ist zur Verknüpfung der lokalen Erzeuger und Verbraucher und
46 zum Ausgleich unterschiedlich verfügbarer Potenziale ergänzend notwendig.
47

48 Das Beispiel Windkraft: Vor Großbritannien liegen in der Europäischen Rangliste der real
49 existierenden Windkraft immer noch Frankreich und Italien. Großbritannien hat nach wie vor
50 faktisch keine wirksame Politik entwickelt, die riesigen Potenziale auszuschöpfen.
51

52 Erdwärme wird auch in Frankreich und Italien schon heute intensiv genutzt; Solarthermie ist
53 vorwiegend derzeit nicht CSP zur Stromerzeugung, sondern Kollektor-Nutzung zur Wärme-
54 gewinnung: und da liegen Deutschland, Österreich und Griechenland in Europa weit vorn vor

55 Italien, Frankreich, Spanien und Zypern. Und auch Biomasse und Wasserkraft wird nicht nur
56 in Polen und Österreich breit genutzt.

57
58
59

60 **Zeilen 171 ff**

61 Ändern in:

62

63 Bis zum Jahr 2040 kann Europa sich von der atomar-fossilen Energieerzeugung verabschie-
64 det haben und ganz auf erneuerbare Energien umgestiegen sein, wenn jetzt die richtigen
65 Weichen gestellt werden. Wir werden uns anstrengen, den Strom bis 2030 komplett aus Er-
66 neuerbaren Energien zu erzeugen. Wir sind die Kraft, die dafür auf allen Ebenen streitet.

67

68 **Begründung:**

69 Hier muss die Beschlusslage der BDK Erfurt vom November 2008 berücksichtigt werden.

70

71

72

73 **Zeile 282 ff**

74 Ergänzen um folgenden Spiegelstrich:

75 Die EU muss daran arbeiten, Kriegsursachen zu vermeiden. Der Umstieg auf heimische er-
76 neuerbare Energien gibt eine Perspektive, Kriege um Erdöl zu vermeiden, die Ächtung der
77 zivilen Atomtechnologie verhindert wirksam die Schaffung neuer Ziele für Terror und Erpres-
78 sung.

79

80 **Begründung:**

81 Entscheidend für die EU-Politik muss das Beseitigen von Kriegsursachen durch die Energie-
82 versorgung sein. Dazu gehört auch die Initiative zu ergreifen, die zivile Atomtechnologie
83 gänzlich zu ächten, da sie Bausteine für Nuklearwaffen liefert. Die Beispiele Pakistan, Indien,
84 Nordkorea und Iran zeigen, dass der Atomwaffensperrvertrag mit der Öffnungsklausel für
85 zivile Atomtechnologie nicht ausreichend wirksam ist, um Proliferation zu verhindern.

86

87

88

89 **Zeile 366**

90 Statt „Ausbau der erneuerbaren Energien, ...“ sollte es heißen „Umstellung auf erneuerbare
91 Energien, ...“.

92

93 **Begründung:**

94 Es geht uns Grünen nicht nur um einen Ausbau der erneuerbaren Energien neben den ande-
95 ren Energieformen sondern um eine konsequente Umstellung der gesamten Energieversor-
96 gung auf erneuerbare Energien. Dies muss auch im Text deutlich werden.

97

98

99

100 **Zeile 368**

101 Ändern in:

102 Bis zum Jahr 2040 muss Europa umsteigen und vom fossil-atomaren Zeitalter ins solare
103 Zeitalter aufbrechen.

104

105 **Begründung:**

106 Entscheidend ist nicht nur der Ausstieg aus der fossilen Energieerzeugung sondern auch
107 aus der atomaren. Dies muss hier durch die Formulierung eindeutig dargestellt werden. Die
108 bisherige Beschränkung auf die fossile Schiene greift viel zu kurz. Außerdem muss die Zeit-
109 schiene aus dem BDK-Beschluss von Erfurt berücksichtigt werden.

110

111
112
113
114
115
116
117
118
119
120
121
122
123
124
125
126
127
128
129
130
131
132
133
134
135
136
137
138
139
140
141
142
143
144
145
146
147
148
149
150
151
152
153
154
155
156
157
158
159
160
161
162
163
164
165

Zeile 373

Ergänzen um folgenden Text:

... den großen Lobbygruppen der Energiewirtschaft und der Automobilindustrie ...

Begründung:

Gerade die Lobbygruppen aus der Energiewirtschaft, die schon seit Jahrzehnten tätig sind und sehr gut mit der Politik vernetzt sind, dürfen hier nicht unterdrückt werden zu Gunsten der gerade jetzt besonders aktiven Lobbygruppen aus der Automobilwirtschaft.

Zeile 380

Ergänzen hinter zielgenaue Forschungspolitik:

..., die die Forschungsschwerpunkte auf erneuerbare Energien, Effizienzsteigerung und Energieeinsparung statt auf Atomspaltung und Kernfusion setzt.

Begründung:

Die umfangreichen Forschungsmittel müssen zielgerichtet eingesetzt werden, um rechtzeitig die wirksamen Maßnahmen zum Klimaschutz anwendungsbereit entwickelt zu haben. Die Atomtechnik zählt wegen der nicht handhabbaren Risiken in Betrieb und Entsorgung nicht dazu, die Kernfusion wegen der seit Jahrzehnten schon nicht absehbaren Realisierbarkeit.

Zeile 381

Anstelle „Biotkraftstoffen“ den Begriff „biogener Energie“ verwenden:

..., ohne dass die Gewinnung von biogener Energie der Produktion von Nahrungsmitteln Konkurrenz macht.

Begründung:

Die Konkurrenz zur Ernährung kann nicht nur bei biogenen Kraftstoffen auftreten sondern allgemein bei allen Energien aus Biomasse, wie z. B. die Konkurrenz zwischen dem Anbau von Mais für Futterzwecke oder zur Biogasgewinnung zeigt. Sicherstellung der Ernährung erfordert eine Bewertung der gesamten Kette der Produktion, Veredelung, Verarbeitung und Vermarktung von Nahrungs- und Futtermitteln.

Zeile 382

Ergänzen um das Adjektiv „verbindlich“:

... klare, ehrgeizige und verbindliche Vorgaben zum Klimaschutz.

Begründung:

Die Erfahrungen der letzten Jahre zeigen, dass viele klare und ehrgeizige Vorgaben zum Klimaschutz entwickelt werden können, sie aber nur dann auch wirklich etwas bringen, wenn sie verbindlich für alle Staaten sind und ggf. auch eingeklagt werden können.

Zeile 390 ff

hinter Rohstoffpreisen ergänzen:

Gerade beim Erdöl und Erdgas werden sich in den nächsten Jahren durch die natürliche Reduzierung der fossilen Ressourcen (Peak Oil) drastische Preiserhöhungen einstellen, die

166 die Wirtschaft lähmen und den privaten Verbrauch fossiler Brennstoff kaum noch bezahlbar
167 machen werden.

168

169 **Begründung:**

170 Es fehlt im Text ein Hinweis auf die nur noch begrenzten Ressourcen an fossilen Brennstoffen.
171 Insbesondere bei Erdöl ist der Peak der Erdölgewinnung nach den Untersuchungen der
172 Energy Watch Group schon überschritten. Auch die IEA nähert sich dieser Feststellung jetzt
173 an. Bei Erdgas ist damit in ca. 20 bis 30 Jahren zu rechnen. Durch die immer weiter sinkenden
174 Fördermengen steigt der Preis bei nicht wirksam reduzierten Verbrauch sehr viel drastischer
175 an, als das bisher erlebt wurde.

176

177

178

179 **Zeile 424**

180 Ergänzung einfügen nach „vollständig versteigert werden“:

181 ... vollständig versteigert werden. Außerdem wollen wir das skandinavische Beispiel zur Um-
182 setzung des Emissionshandelssystems in der Energiewirtschaft europaweit verbindlich ein-
183 führen. Die Energiewirtschaft darf für neue Kraftwerke nur noch Emissionszertifikate in Höhe
184 des Ausstoßes von Erdgaskraftwerken bekommen. Nur so wird ...

185

186 **Begründung:**

187 Die skandinavische Lösung bei der Umsetzung des bisherigen Emissionshandelssystems
188 hat sich als sehr wirksam erweisen. Dänische und schwedische Energieversorger bauen im
189 eigenen Land keine Kohlekraftwerke neu sondern weichen damit in andere europäische
190 Länder aus, vorrangig nach Deutschland. Diese Ausweichmöglichkeiten müssen konsequent
191 beseitigt werden.

192

193

194

195 **Zeilen 451 bis 476**

196 Ändern des Textes wie folgt:

197 **Klimaschutz nur ohne Kohlekraftwerke**

198 Wir wollen ein Moratorium für neue Kohlekraftwerke. Denn Kohlekraftwerke sind ohne Zwei-
199 fel die klimaschädlichste Form der Stromerzeugung! Mit 750 bzw. 950 Gramm CO₂ pro Ki-
200 lowattstunde Strom stoßen Stein- und Braunkohle zwei- bis dreimal so viel Klimagase aus
201 wie moderne Gaskraftwerke. Es ist deshalb klimapolitisch geboten, jetzt keine neuen Kohle-
202 kraftwerke zu bauen.

203

204 Wir wollen für neue thermische Kraftwerke, die ohne Kraft-Wärme-Kopplung betrieben wer-
205 den, einen elektrischen Wirkungsgrad von mindestens 58% gesetzlich festlegen und so den
206 Neubau klimaschädlicher Kohlekraftwerke verhindern. Ineffiziente Braun- und Steinkohle-
207 kraftwerke mit einem Wirkungsgrad von gerade mal rund 45% wären nicht mehr genehmi-
208 gungsfähig, effiziente Gas- und Dampfkraftwerke mit Wärmeauskopplung könnten noch neu
209 gebaut werden.

210

211 Wir müssen auf EU-Ebene die Rahmenbedingungen dafür schaffen, dass national für den
212 CO₂-Ausstoß von Kraftwerken strenge Grenzwerte festgeschrieben werden können. Diese
213 wollen wir dann auch rechtlich vorschreiben.

214

215 Die von der konventionellen Energiewirtschaft propagierte Technik der CO₂-Abscheidung
216 und Speicherung (CCS) ist ein ungedeckter Scheck. Es ist völlig offen, ob CCS sich als um-
217 weltverträglich, wirtschaftlich und langfristig sicher einsetzbar herausstellt. Fragen des
218 Transportes, des Rechtsrahmens und der Haftung sind zudem noch ungeklärt. Auch Befür-
219 worter der Technik gehen davon aus, dass sie frühestens 2020 wirtschaftlich einsetzbar wä-
220 re. Jetzt neue Kohlekraftwerke zu bauen, ist deshalb klimapolitisch unverantwortlich. Zudem
221 werden 2020 Erneuerbare Energien in sehr viel größerem Umfang und bei stabilen Preisen

222 zur Verfügung. CCS aber wird die Kohleverstromung erheblich verteuern, weshalb solche
223 Kraftwerke gegenüber den Erneuerbaren Energien unwirtschaftlich sein werden. Wer daher
224 mit CCS heute den Bau schmutziger Kohlekraftwerke rechtfertigt, handelt unverantwortlich
225 und suggeriert eine Lösung des Klimaproblems, ohne zu wissen, ob sie überhaupt funktio-
226 niert. Außerdem zerstört die Lagerung des abgeschiedenen CO₂ im Untergrund die Nutzung
227 der Geothermie für eine von fossilen Brennstoffen unabhängige Wärmeversorgung.
228

229 **Begründung:**

230 CCS ist keine Lösung, um weiterhin Kohlekraftwerke zu betreiben. Die CCS-Technik ist noch
231 weitgehend unerprobt. Außerdem schaffen wir damit wieder ein neues Endlagerproblem wie
232 beim Atommüll. Die für die Wärmeversorgung in vielen Bereichen Europas nutzbare Tiefen-
233 geothermie wird durch die unterirdische Lagerung von CO₂ verhindert. So wird keine langfris-
234 tige sinnvolle Lösung für die Energieversorgung Europas geschaffen. Darum schlägt die BAG
235 Energie ein allgemeines Moratorium für den Neubau von Kohlekraftwerken vor. Die durch
236 den Atomausstieg fehlenden Strommengen können durch konsequenten Ausbau der erneu-
237 erbaren Energien und ein neues leistungsfähiges europaweites HGÜ-Netz zur Verfügung
238 gestellt werden, ohne dass neue Kohlekraftwerke gebaut werden müssen. Bei Bedarf kön-
239 nen lokale GuD-Kraftwerke eine dezentrale Strom- und Wärmeversorgung übernehmen.
240

241 Die Aussagen zur Preisentwicklung der erneuerbaren Energien sollten glaubwürdiger gestal-
242 tet werden. Es ist nur damit zu rechnen, dass die Preise für erneuerbare Energie stabil blei-
243 ben, wohingegen die für Strom aus fossilen Energieträgern deutlich ansteigen werden. Ursa-
244 che sind neben der aufwändigeren CCS-Technik mit schlechtem Wirkungsgrad vor allem die
245 Preisentwicklung auf dem Brennstoffsektor durch die natürliche Reduzierung der verfügba-
246 ren Menge an fossilen Brennstoffen.
247

248 Die Anforderung an den elektrischen Mindestwirkungsgrad muss auf die Errichtung von
249 thermischen Kondensationskraftwerken reduziert werden. Bei KWK-Anlagen ist der elektri-
250 sche Wirkungsgrad in aller Regel – sofern nicht besondere gasbetriebene Brennstoffzellen-
251 systeme mit nachgeschalteten Turbinen verwendet werden – niedriger als 58%, der Gesamt-
252 nutzungsgrad aber höher. KWK-Anlagen dürfen wir nicht ausgrenzen durch solche techni-
253 schen Festlegungen.
254

255
256

257 **Zeilen 486 ff**

258 Ändern in:

259 100 Prozent Erneuerbar ist machbar und notwendig. Wir streben an, dieses Ziel bereits 2040
260 zu erreichen. Deshalb werden wir uns anstrengen, Strom schon in 2030 komplett erneuerbar
261 zu erzeugen. Daher muss die Wende jetzt beginnen – das ist die energiepolitische Vision,
262 die unser europäisches Handeln leitet.
263

264 **Begründung:**

265 Umsetzung des auf der BDK in Erfurt im November 2008 beschlossenen Ziels.
266
267
268

269 **Zeile 490 und ff**

270 Ändern des Begriffs „ERENE“ in „EURENEW“.
271

272 **Begründung:**

273 Der bisher verwendete Begriff ERENE für eine Gemeinschaft für erneuerbare Energien kann
274 sehr leicht mit IRENA, der internationalen Agentur für Erneuerbare Energien, verwechselt
275 werden. Daher sollte für einen neuem EU-Vertrag zu erneuerbaren Energie der bisher schon
276 im EU-Raum etablierte Begriff EURENEW verwendet werden, der sowohl den Begriff EU als
277 auch Erneuerbare über den englischen Begriff renewables enthält.

278
279
280
281
282
283
284
285
286
287
288
289
290
291
292
293
294
295
296
297
298
299
300
301
302
303
304
305
306
307
308
309
310
311
312
313
314
315
316
317
318
319
320
321
322
323
324
325
326
327
328
329
330
331
332

Zeile 496

Anstelle „Stromerzeugung“ den umfassenderen Begriff „Energieerzeugung“ verwenden.

Begründung:

Der geplante EU-Vertrag für erneuerbare Energien beschränkt sich nicht nur auf die Stromerzeugung, auch wenn diese zunächst im Vordergrund steht.

Zeile 499

Satz durch folgende Formulierung ersetzen:
EURENEW soll sich durch die Umwidmung der EURATOM-Mittel und aus den Einnahmen des europäischen Emissionshandels finanzieren.

Begründung:

Im Vordergrund muss der Ausstieg aus der Atomtechnik und damit die Umwidmung der dort verwendeten Mittel für Forschung usw. stehen.

Zeile 505

Satz in folgender Form ergänzen:
Gleichzeitig brauchen die Bürgerinnen und Bürger und die Wirtschaft bessere Information darüber, ...

Begründung:

Die Informationen über sinnvolle Effizienzmaßnahmen brauchen nicht nur die privaten sondern auch die gewerblichen Verbraucher.

Neu aufnehmen nach Zeile 530

Mehrwertsteuer nach ökologischen Prinzipien ausrichten

Bislang lassen die Vorgaben der EU nur eine Dreiteilung des Mehrwertsteuersatzes zu. Dabei sind ökologische Gesichtspunkte über die Zuordnung zu den verschiedenen Mehrwertsteuersätzen nicht berücksichtigt. Wir GRÜNE setzen uns dafür ein, bei der Höhe des Mehrwertsteuersatzes ökologische Kriterien mit zu berücksichtigen. Produkte oder Leistungen, deren Herstellung oder Erbringung einen hohen Energieeinsatz benötigt, müssen mit einem höheren Mehrwertsteuersatz belastet werden. Diese Regelung muss europaweit gelten, um Benachteiligungen von Verbraucherinnen und Verbrauchern in einzelnen Mitgliedsstaaten zu vermeiden. So wird gezielt die Nachfrage nach ökologischen Produkten und Dienstleistungen in Europa verstärkt.

Begründung:

Die deutsche Ökosteuer hat eine sehr erfolgreiche Lenkungswirkung hin zu niedrigeren Energieverbräuchen bewirkt. Diese Wirkung sollte europaweit verbindlich eingeführt werden durch Anpassung der Mehrwertsteuersätze nach ökologischen Kriterien.

Zeile 531 bis 537

Ändern des Textes wie folgt:

333 **Investitionen in Gebäudesanierung und zukunftsfähige Wärmeversorgung stärkt die**
334 **Wirtschaft und sichert Arbeitsplätze in Europa**

335 Wir wollen die EU-Richtlinien zur Gebäudesanierung und -dämmung weiter entwickeln, denn
336 gerade bei Gebäuden, Wohngebäuden und auch öffentlichen Gebäuden wie Schulen oder
337 Kindergärten, bietet sich ein riesiges Potential, durch Wärmedämmung den Energie-
338 verbrauch drastisch zu senken. Dies kommt zugleich der Binnenwirtschaft zugute, denn Mil-
339 lionen von Euro fließen nicht länger durch einen notwendigen Import von Öl in die erdölex-
340 portierenden Länder. Sie kommen statt dessen regionalen Handwerksbetriebe zugute, die
341 die nötigen Sanierungsarbeiten ausführen.

342
343 Außerdem werden wir die Initiative für eine EU-Richtlinie zur Schaffung lokaler Wärmenetze
344 mit funktionierenden Langzeitspeichern ergreifen. Diese Basis für eine zukunftsfähige Wär-
345 meversorgung von Haushalten und Wirtschaft nach dem Ende des fossilen Zeitalters erfor-
346 dert langfristige Vorbereitungen und hohe Investitionen. Gerade die bei der Strom- und Gas-
347 versorgung gemachten Fehler durch Schaffung monopolartiger Strukturen ohne wirksame
348 staatliche Regulierung müssen hier von Anfang an vermieden werden. Nur so können alle
349 lokalen Wärmeressourcen wie Solarthermie, Geothermie, Biomasse und vor allem die bis-
350 lang ungenutzte Abwärme aus industriellen Prozessen für eine zukünftige Wärmeversorgung
351 ohne fossile Rohstoffe gleichberechtigt genutzt werden.

352
353 **Begründung:**

354 Wir sollten im ersten Teil und in der Überschrift deutlicher herausstellen, dass mit nachhalti-
355 gen Investitionen zur Einsparung von Energie und zur Verteilung von Wärmeenergie eine
356 Förderung der Wirtschaft im EU-Raum erfolgt und damit Arbeitsplätze gesichert werden in
357 der jetzt heraufziehenden Wirtschaftskrise.

358
359 Auch die öffentlichen Gebäude und Betriebsgebäude in der Industrie bedürfen häufig drin-
360 gend einer energetischen Sanierung. Darum wird Forderung entsprechend ausgedehnt.

361
362 Bislang wird häufig verdrängt, dass gut die Hälfte unseres Energieverbrauchs und auch der
363 CO₂-Erzeugung durch die Erzeugung von Wärme aus fossilen Rohstoffen, vorrangig Erd-
364 gas, in vielen Millionen Einzelheizungen erfolgt. Beim Erdgas ist mit dem Überschreiten des
365 Fördermaximums in etwa 20 bis 30 Jahren zu rechnen. Und die Auswirkungen werden viel
366 dramatischer als beim Peak Oil sein. Denn die nutzbare Ausbeute aus Gasfeldern sinkt nach
367 dem Überschreiten des Fördermaximums deutlich schneller als bei Ölfeldern. Auch nach
368 einem erfolgreichen Gebäudesanierungsprogramm wird immer ein Bedarf an Wärme vor-
369 handen sein in Haushalten und vor allem in der Wirtschaft für Prozesswärme. Darauf zu hof-
370 fen, dass dieser Bedarf dann schon über Biogas komplett abgedeckt werden kann, ist unrea-
371 listisch. Vielmehr müssen wir heute die Weichen stellen für eine langfristig stabile Wärme-
372 versorgung der Verbraucherinnen und Verbraucher ohne fossile Rohstoffe.

373
374 Dies geht am sinnvollsten über lokale Wärmenetze, die die Nutzung eines weiten Erzeu-
375 gungsspektrums von Wärme (Solarthermie, Biomasse, Geothermie, Abwärme, ...) ermögli-
376 chen. Mit deren Aufbau muss jetzt konsequent begonnen werden. Die dafür erforderlichen
377 gewaltigen Investitionen bedürfen eindeutiger Regelungen, um Monopolbildungen zu verhin-
378 dern. Zukünftig werden wir in Europa für die Befriedigung des Energiebedarfs nur noch zwei
379 Energienetze haben, das europaweit verknüpfte Stromnetz und lokale Wärmenetze. Für die
380 nötige Umsteuerung hin zu Wärmenetzen werden durch eine EU-Richtlinie die Anreize und
381 vor allem die Sicherheit für Investitionen geschaffen. Dänemark und die Niederlande zeigen
382 uns, wie so etwas gut umgesetzt werden kann, auch wenn dazu zunächst übergangsweise
383 die Kraft-Wärmekopplung mit BHKWs genutzt wird.

384
385
386
387 **Zeilen 539 bis 548**

388 Ändern des Textes wie folgt:

389 **Mehr regulierten Wettbewerb auf dem Energiemarkt schaffen**

390 Wir wollen mehr Wettbewerb im gesamten Energiemarkt, gerade auch bei der Energieerzeugung. Der erbitterte Widerstand, den Bundeskanzlerin Merkel in Brüssel gegen eine
391 Trennung von Energieerzeugung und -transport geleistet hat, zeigte, dass ihr die vier großen
392 deutschen Energieerzeuger mehr am Herzen liegen als Verbraucherinnen und Verbraucher
393 und die kleinen und neuen Energieanbieter.
394

395
396 Wir wollen eine strikte Trennung von Stromerzeugung und Betrieb der Übertragungsnetze.
397 Nur ein von den Energiekonzernen unabhängiges Übertragungsnetz sorgt dafür, dass neue
398 klimafreundliche Energieerzeuger wie Windparks oder solarthermische Kraftwerke, zu fairen
399 Bedingungen angeschlossen werden. Dafür brauchen wir eine staatliche Überwachung, die
400 faire Marktchancen für alle garantiert und das öffentliche Interesse in dieser wichtigen Infra-
401 strukturfrage durchsetzt. Auch eine Übernahme der Netze in staatliche Hand sehen wir als
402 eine geeignete Möglichkeit. Dänemark hat gezeigt, wie sinnvoll dieses Instrument im Interes-
403 se der Verbraucherinnen und Verbraucher eingesetzt werden.
404

405 **Begründung:**

406 Der regulierte Wettbewerb ist für den gesamten Energiemarkt erforderlich. Dabei sollte die
407 Energieerzeugung besonders herausgestellt werden, aber die Forderung nicht nur darauf
408 beschränkt werden.
409

410 Die strikte Trennung von Energieerzeugung und Verteilung ist zwingend erforderlich, wie die
411 langjährigen Erfahrungen der Erzeuger von erneuerbaren Energien zeigen. Dazu ist zumin-
412 dest eine starke staatliche Aufsicht über die Netzbetreiber erforderlich. Die BAG Energie hält
413 nur eine Lösung wie in Dänemark durch Übernahme der Übertragungsnetze in staatliche
414 Hand für geeignet, dieses Ziel auch wirklich zu erreichen. Hier sollten die Angebote von
415 E.ON und Vattenfall zum Verkauf der Übertragungsnetze durch entsprechende politische
416 Vorgaben unterstützt werden.
417

418

419

420

421 **Neu aufnehmen nach Zeile 549**

422 **Europaweites Stromeinspeisungssystem für erneuerbare Energien einführen**

423 Das deutsche EEG, das Erneuerbare-Energien-Gesetz, dessen Einführung gleich zu Beginn
424 der ersten rot-grünen Koalition (1998 - 2002) durchgesetzt wurde, ist so erfolgreich im Hin-
425 blick auf den Umstieg auf erneuerbare Energie in der Stromerzeugung, dass viele Länder
426 weltweit dieses Konzept übernommen haben. Und die Tatsachen belegen: Der zügige und
427 kostengünstige Ausbau Erneuerbarer Energien in der Stromerzeugung ist dort am erfolg-
428 reichsten, wo wirksame Einspeiseregulungen in Kraft sind. Wir GRÜNE werden jetzt zu-
429 sammen mit unseren Verbündeten die Initiative ergreifen, dass eine EU-weite Einspeisere-
430 gelung entwickelt und sobald wie möglich umgesetzt wird. Damit werden die Chancen zum
431 vollständigen Umstieg auf Erneuerbare Energien in Europa deutlich steigen.
432

433

434 **Begründung:**

435 Nachdem die jüngsten Versuche der Oligopole des herkömmlichen Stromsystems und ihrer
436 Verbündeten in der EU-Kommission zur Einführung eines europaweiten Quoten- und Zertifi-
437 katesystem mit der jetzt beschlossenen Richtlinie zur Förderung Erneuerbarer Energien erfolg-
438 reich abgewehrt werden konnten, ist es nun an der Zeit, die Koordinierung und Harmonisie-
439 rung der vorhandenen erfolgreichen nationalen Fördersysteme zügig voranzutreiben. Die
440 praktischen Erfahrungen haben gezeigt, dass gut konzipierte Einspeiseregulungen den er-
441 neuerbaren Energien in der Stromversorgung zum Durchbruch verholfen haben, während
442 Quoten- und Zertifikatesysteme trotz deutlich höherer Kosten, insbesondere durch Mitnah-
443 meeffekte zu Gunsten der großen Stromkonzerne, zu kaum nennenswertem Zubau geführt
444 haben. Darum ist es jetzt an der Zeit, ein EU-weites Einspeisesystem zu entwickeln und
durchzusetzen.

445
446
447
448
449
450
451
452
453
454
455
456
457
458
459
460
461
462
463
464
465
466
467
468
469
470
471
472
473
474
475
476
477
478
479
480
481
482
483
484
485
486
487
488
489
490
491
492
493
494
495
496
497
498
499
500

Zeilen 550 bis 559

Ändern des Textes wie folgt:

Zukunftsfähige Stromversorgung durch dezentrale Erzeugung und europaweites Hochspannungs-Gleichstromübertragungsnetz

Wir wollen für die Energieversorgung der Zukunft eine zukunftsfähige Infrastruktur: Strom aus erneuerbaren Energien wird vorrangig in kleineren Einheiten erzeugt, die über große Flächen verteilt sind und oft direkt beim Verbraucher stehen. Wenn sinnvoll möglich, sollte der Strom deshalb lokal genutzt, und andernfalls möglichst effizient übertragen werden. Außerdem muss den zeitlichen Schwankungen von Wind- und Solarenergie Rechnung getragen werden. Darum fordern wir wirksame Anreize für die Weiterentwicklung und Nutzung dezentraler Energiemanagement-Systeme, die eine intelligente Verknüpfung der erneuerbaren Energiequellen untereinander und mit den Verbrauchern ermöglichen. Ebenfalls kann diese Verbesserung der lokalen Netzsteuerung helfen, bei überregionalen Störungen die Vorteile der dezentralen Erzeugung für die Verbraucherinnen und Verbraucher zu nutzen.

Mit einem ergänzenden leistungsfähigen Hochspannungs-Gleichstromübertragungsnetz (HGÜ) kann der Strom nahezu verlustfrei über weite Strecken transportiert werden. Das ist eine ideale Voraussetzung, der Vielfalt der erneuerbaren Energien in Europa Rechnung zu tragen. Im Zusammenspiel mit dezentraler Stromerzeugung vor Ort und einem intelligenten Stromnetz, das Verbrauch und Erzeugung aneinander anpasst, erreichen wir so das Ziel, die gesamte Stromerzeugung auf erneuerbare Energien umzustellen. Das braucht allerdings ein gemeinsames und koordiniertes Vorgehen in Europa! Wir werden uns dafür stark machen, denn vom Ausbau der Infrastruktur und von den Investitionen profitiert zugleich Europas Wirtschaft und die Beschäftigung.

Begründung:

Durch die hervorgehobene Darstellung des HGÜ-Netzes werden die klassischen Vorteile der erneuerbaren Energien in einem Stromnetz, nämlich die dezentrale Bereitstellung des Stroms in kleinen Einheiten vor Ort bei den VerbraucherInnen in den Hintergrund gedrängt. Für eine erfolgreiche Umstellung auf erneuerbare Energien in der Stromversorgung sind aber beide Elemente erforderlich. Außerdem kommt dem Ausgleich zwischen Erzeugung und Verbrauch durch regelungstechnische Maßnahmen eine immer größere Bedeutung zu. Ebenso haben die Erfahrungen mit dem europaweiten Blackout nach der Abschaltung der Übertragungsleitung bei Papenburg haben gezeigt, dass nicht nur leistungsfähigere Übertragungsnetze sondern gerade auch eine lokale Netzsteuerung zwingend erforderlich sind. Nur dann kann die Schwarzstartfähigkeit der erneuerbaren Energien genutzt werden, um lokalen Netzbetrieb im großflächigen Störfall aufrecht zu erhalten und von dort aus den europaweiten Netzverbund wieder schnell zu starten.

Zeilen 617 bis 624

Text folgendermaßen ändern:

Wir GRÜNE fordern daher nicht nur die Einführung des CO₂-Grenzwerts von 120g/km bereits im Jahr 2012 und darüber hinaus schon heute die Festlegung eines durchschnittlichen CO₂-Grenzwerts von 80g/km für das Jahr 2020. Vielmehr fordern wir eine Offensive für emissionsfreie Autos, Busse und Bahnen durch Elektrofahrzeuge, die mit Ökostrom betrieben werden. Dies brächte einen Innovationsschub im Autobau, der sich wirtschaftlich lohnt, Arbeitsplätze in einer der wichtigsten Branchen in Europa sichert und der in den Geldbeuteln der Bürgerinnen und Bürger durch sinkenden Energieverbrauch sofort spürbar wäre.

Begründung:

Langfristig muss der Verbrennungsmotor durch den sehr viel effizienteren Elektroantrieb abgelöst werden. Wenn die bisher in das Design neuer SUV und der Wasserstofftechnik

501 investierten Mittel für die Weiterentwicklung der Batterietechnik ausgegeben worden wären,
502 stände jetzt schon eine leistungsfähige Batterietechnik und Infrastruktur für Elektrofahrzeuge
503 zur Verfügung. Die Entwicklungssprünge gerade in 2008 und 2009 zeigen das enorme Po-
504 tential des Elektroantriebs für den neben dem ÖPNV noch benötigten Individualverkehr. Die-
505 se Entwicklung sollten wir durch stringente Vorgaben für die CO₂-Emission und durch ent-
506 sprechende Vorgaben bei einer denkbaren direkten finanziellen Unterstützung der europäi-
507 schen Automobilindustrie bzw. bei der Bereitstellung von Forschungsmitteln berücksichtigen.
508

509 Bei Verbrennungsmotoren ist die CO₂-Emission technologisch bedingt eine Funktion des
510 Spritverbrauchs. Dafür gibt es feste Umrechnungsfaktoren, die sich durch die Art des einge-
511 setzten Kraftstoffs unterscheiden. Es reichen daher Festlegungen zur CO₂-Emission. Auf die
512 Forderungen in Zeilen 621 bis 624 sollten wir daher verzichten, um nicht als unwissend ver-
513 unglimpft zu werden.
514

515
516

517 **Zeilen 632 bis 634**

518 Text folgendermaßen ändern und ergänzen:

519 Die Nutzung von nachhaltig angebaute Biomasse ist eine Chance, Klimaschutz und Ener-
520 giesicherheit zu verbinden mit neuen Impulsen für eine umwelt- und sozialverträgliche ländli-
521 che Entwicklung bei uns und in den Ländern des Südens und zur Armutsbekämpfung.
522

523 **Begründung:**

524 Die aufgeführten Chancen treffen nur zu, wenn es sich um nachhaltig angebaute Biomasse
525 handelt. Dies sollte auch entsprechend deutlich dargestellt werden. Außerdem ist ein nach-
526 haltiger Anbau von Biomasse auch ein Beitrag zur Armutsbekämpfung, was hier mit aufge-
527 führt werden sollte.
528

529
530

531 **Zeile 641**

532 Am Schluss des Satzes folgenden Text ergänzen:

533 ... irreversiblen Schäden und gewaltigen zusätzlichen Freisetzungen von Treibhausgasen.
534

535 **Begründung:**

536 Durch die Abholzung von Regenwäldern wird nicht nur deren Speicherkapazität für CO₂ be-
537 seitigt. Vielmehr werden durch die nachfolgende Bodenbearbeitung erhebliche Mengen an
538 klimawirksamen Methan freigesetzt.
539

540
541

542 **Zeilen 649 ff**

543 Ändern des Satzes wie folgt:
544

545 Es bringt nichts, den überhöhten Konsum von Mineralöl im Verkehr und in der Agrarindustrie
546 durch Kraftstoff aus biogenen Rohstoffen zu ersetzen oder zu ergänzen.
547

548 **Begründung:**

549 Hier sollten anstelle der Begriffe Mineralsprit und Pflanzensprit die korrekten Fachbegriffe
550 verwendet werden, um glaubwürdig zu bleiben.
551

552

553 Für die BAG Energie:

554 Astrid Schneider

555 BAG-Sprecherin

556 (KV Berlin-Charlottenburg)

Dr. Valerie Wilms

BAG-Sprecherin

(KV Pinneberg)